



Samstag, 28. August 2021, 15:57 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Ein Medientraum

In seinem neuesten Buch beschreibt der Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen die Propaganda-Matrix — doch führt ein Weg aus der Täuschung heraus?

von Michael Meyen
Foto: Syda Productions/Shutterstock.com

Die Kommunikationswissenschaftler haben die Propaganda-Matrix nur verschieden interpretiert — nun kommt es darauf an, sie zu ändern. So könnte man die Aufgabe, die sich uns stellt, frei nach den Worten von Karl Marx beschreiben. Zu kritisieren, ist schließlich das Eine, konstruktive Lösungsvorschläge zu bringen, das Andere. Mit seinem Buch „Die Propaganda-Matrix“ gelang Michael Meyen ein Spiegel-Bestseller. Darin beschreibt er detailliert die Techniken medialer Meinungsbeeinflussung. Im nachfolgenden Beitrag zeigt Meyen darüber hinaus, dass es möglich ist, unser Mediensystem strukturell

wie ökonomisch zu unseren Gunsten zu reformieren.

Das letzte Kapitel, Herr Meyen, klagt ein Leserbrief. Da ist Ihnen wohl die Luft ausgegangen. Wie soll sie denn nun aussehen, die Medienzukunft? Dass Sie die Zustände kritisieren, ist ja gut und schön – so lässt sich diese Zuschrift zu meinem Buch „Die Propaganda-Matrix“ zusammenfassen. Dann dürfen Sie uns am Ende aber nicht im Regen stehen lassen.

Wer hier regelmäßig mitliest, kennt das letzte Buchkapitel in groben Zügen. Der Rubikon hat den Anfang veröffentlicht, als einen **Appetithappen** (<https://www.rubikon.news/artikel/wege-in-die-freiheit>). In diesem Auszug geht es um die Freiheit, genauer: um die Idee, die Walter Lippmann mit dem Begriff verbunden hat.

In Kurzform: Freiheit ist bei Lippmann alles, was „den Wahrheitsgehalt der Informationen“ schützt und steigert, „die unser Handeln bestimmen“ (1). Diese Definition leuchtet sofort ein. Impfen, Testen, Gehen oder Bleiben: Frei sind wir erst, wenn wir wirklich wissen, worauf wir uns einlassen. Wir müssen die Alternativen kennen, um uns entscheiden zu können. Lippmann leitet daraus Vorschläge für eine Medienreform ab, die im Rubikon-Auszug fehlen. Ein Appetithappen, wie gesagt.

Auch der Rest macht offensichtlich nicht jeden satt. Im Buch lasse ich Walter Lippmann ein wenig weitersprechen. Dieser US-Denker hat „einen großen unabhängigen Journalismus“ gefordert, „gesellschaftliche Kontrolle“ über das Verlagsgeschäft und neue Standards für Qualität, etwa: „auf Teufel komm raus die Wahrheit“ sagen oder Transparenz bei Quellen und Urhebern (2). Ich übertrage das dann in das Hier und Jetzt, lasse die Diskussion aber

offen, auch weil ich weiß: Da draußen gibt es viel bessere Ideen als in meinem Elfenbeinturm. Nun also dieser Leserbrief und mit ihm der Wunsch, mehr zu haben für die Debatte. Eine Vision, damit man weiß, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Wenn ich die Augen schliesse, höre ich Walter Lippmann – den jungen Walter Lippmann, der auf den Schlachtfeldern Europas unterwegs war und dann bei den Verhandlungen in den Pariser Vororten erlebt hat, was ein Journalismus aus der Wirklichkeit macht, der von Gewinninteressen getrieben wird oder vom Machtstreben der Politik. Diesen beiden Übeln an die Wurzel gehen: Das ist das, was uns der junge Lippmann mit auf den Weg gibt. Karl Marx, natürlich. „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein“ (3). Ohne Medienimperien in den Händen von Großkapital und Politik würde die Gesellschaft anders aussehen. Das gilt für das, was wir gerade unter dem Namen Pandemie erleben, aber auch sonst. Lasst uns also träumen.

Medienqualität für zwei Euro

Ich beschäftige mich dabei hier erst einmal nur mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk – mit dem Angebot, das uns allen gehört und von uns allen bezahlt wird. Wer sonst soll „einen großen unabhängigen Journalismus“ schaffen, „der Maßstäbe für den kommerziellen Journalismus setzt“ (4)?

Eigentlich haben wir diese Maßstäbe schon, zumindest in der Theorie. Der Journalismus hat den „gesellschaftlichen Auftrag“, Öffentlichkeit herzustellen. Alle Themen, alle Perspektiven (5). Walter Lippmann wusste, wie viele Wahrheiten es gibt. Als Bürger, als Wähler, als Menschen möchten wir erfahren, was in der Welt so läuft, und uns selbst einen Reim darauf machen. Der Pressekodex nennt „ethische Standards für den Journalismus“, die den

„gesellschaftlichen Auftrag“ Öffentlichkeit ausbuchstabieren. Dieses Regelwerk schließt „Exklusivverträge“ mit „Informanten“ und einseitige Berichterstattung genauso aus wie jeden Einfluss von „wirtschaftlichen Interessen“ auf „redaktionelle Veröffentlichungen“. An den „publizistischen Grundsätzen“, die dort formuliert werden, ist nichts auszusetzen (6).

Das gilt in gewisser Weise auch für die „Allgemeinen Grundsätze“, die „Sorgfaltspflichten“ und den „Auftrag“ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die im **Medienstaatsvertrag von 2020** (https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze_Staatsvertraege/Medienstaatsvertrag_MStV.pdf) formuliert werden, wobei schon bei einem Blick auf den Umfang der genannten Paragraphen auffällt, dass dem Gesetzgeber andere Themen wichtiger sind.

Das sagt nichts gegen das Prinzip öffentlich-rechtlicher Rundfunk – wohl aber etwas gegen den Preis. Nach 1945 gab es drei Argumente, die Sender weder dem Staat noch der Werbewirtschaft auszuliefern, sondern sie der Gesellschaft zu übergeben: die Erfahrungen im Dritten Reich, die Frequenzknappheit und das Fehlen von Unternehmen, die in der Lage sind, Radio- oder TV-Zeit zu kaufen. Die Punkte zwei und drei haben sich überholt. Punkt eins allerdings ist von der Politik nie akzeptiert worden.

Das hat einen einfachen Grund: Jede Regierung hat ein existenzielles Interesse, das zu kontrollieren, was über sie in der Öffentlichkeit gesagt wird. Das erklärt, warum der Parteienstaat Aufsichtsgremien und Personalentscheidungen de facto monopolisiert hat und warum er ein kaum noch überschaubares Wirrwarr an Angeboten für alle möglichen Zielgruppen und Kanäle duldet. In meinem Traum denke ich:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann deutlich

billiger werden und trotzdem sehr viel besser.

An dieser Stelle wird der Traum konkret. Zwei Euro pro Haushalt im Monat. Das ist ein Preis, der alle Diskussionen um Befreiungen obsolet werden lässt. Ein Euro wird in einen nationalen Anbieter investiert und der zweite in einen lokalen. Alle beitragsfremden Ausgaben werden gestrichen. Die Landesmedienanstalten etwa, die im Moment von jedem Beitragshaushalt jeden Monat 33 Cent bekommen, können problemlos von den kommerziellen Einrichtungen finanziert werden, für die sie zuständig sind. Das würde auch dort automatisch zu Verschlinkung und Entschlackung führen.

Größer als die Deutsche Welle

Selbst in diesem Traum bleibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Riese. Lasst uns mit 40 Millionen Haushalten rechnen. Das Jahresbudget für den nationalen Anbieter liegt dann bei 480 Millionen Euro. Das ist mehr, als die 24/7-TV-Nachrichtenanbieter haben, die im Moment den Weltmarkt beherrschen wie *BBC International*, *Al-Jazeera*, *RT*, *France24*, *CCTV News*, und auch größer als der Haushalt der *Deutschen Welle* (2021 knapp 400 Millionen Euro).

Unabhängig von den Details bei der Finanzierung dieser Sender und versteckten Geldquellen, die es dort in aller Regel gibt: Mit einem monatlichen Obolus von einem Euro pro Haushalt lässt sich ein Angebot auf die Beine stellen, das rund um die Uhr hochwertiges Informationsfernsehen produziert und eine Internetpräsenz unterhält, die nicht nur den Zugriff auf alles erlaubt, was je gesendet wurde, sondern auch Zusatzmaterial und aktuelle Informationen liefert.

Mit diesem einen Euro sind feste Arbeitsverträge und Redaktionsstatute verbunden, der Verzicht auf Werbung und die Verpflichtung, ausschließlich auf hausinterne Produktionen zu setzen, die von den Aufsichtsgremien kontrolliert und gegebenenfalls auch sanktioniert werden können. Ein Tarifvertrag sorgt dafür, dass die Korruptionsanfälligkeit in den Redaktionen gegen Null geht und dass die Gesichter des Programms nicht wesentlich besser bezahlt werden als die Produzenten der Inhalte. Wer mehr verdienen will, kann zu einem kommerziellen Programm wechseln.

Neben der Bundes- und der Weltpolitik beschäftigt sich dieser neue öffentlich-rechtliche Anbieter auch mit der Landespolitik. Das kann in Regionalfenstern passieren oder über Mediatheken. Die Bayern könnten zwischen 18 und 19 Uhr wie gewohnt *Rundschau* und *Abendschau* sehen – die allerdings anders werden würden, dazu gleich mehr – und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern *Nordmagazin* und *Nordreportage*. Man kann das leicht weiterdenken: Das Best-of der Beiträge aus solchen Sendungen wird den Norddeutschen erlauben, einen Blick an die Alpen zu werfen und Lösungen zu sehen, die man dort für viele der Probleme gefunden hat, die es auch vor der eigenen Haustür gibt.

Bevor ich zu sehr ins Detail gehe, muss ich noch einmal grundsätzlich werden. Ich träume von einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der sich auf Journalismus konzentriert und auf den gesellschaftlichen Auftrag Öffentlichkeit. Unterhaltung, Sport, Serien, Spielfilme, Musik, Verkehrsfunk, Frühstücksradio, Special Interest: All das können werbefinanzierte Anbieter, Pay-TV-Sender und Streamingplattformen mindestens genauso gut. Das Publikum weiß das längst und kann künftig selbst entscheiden, wo das Medienbudget investiert wird – bei *Magenta Sport*, *DAZN* und *Sky*, bei *Netflix* und *Amazon Prime*, als Spende für Plattformen wie *Rubikon* oder in der Gaststätte nebenan, wo man vieles von dem bekommt, was der Bildschirm mehr schlecht als recht ersetzt.

Eine Win-Win-Situation also, zumal der zweite Euro die Lücke bei den örtlichen Medien schließt, die die Konzentrationsprozesse im Bereich der **Tagespresse** (<https://www.rubikon.news/artikel/der-verarmte-diskurs>), der Auflagenrückgang und die Kürzungen in den Lokalredaktionen gerissen haben. Basis dieser neuen öffentlich-rechtlichen Anbieter sind die Landkreise, weil sich die Menschen hier kennen und weil es nicht nur darum geht, Alltagsinformationen zu übermitteln, sondern auch um Kritik und Kontrolle, gerade bei lokal gewachsenen Verwaltungs- und Machtstrukturen.

Selbst in den kleinsten Landkreisen mit 100.000 Einwohnern wird aus einem Euro pro Monat und Haushalt ein Jahresbudget von 600.000 Euro. Neben Büroräumen, Sachmitteln und technischer Infrastruktur heißt das: mindestens fünf – wenn nicht mehr – Redaktionsstellen, die neben eigenen Recherchen das bündeln und nutzen können, was der Graswurzeljournalismus in der Region produziert. Nach dem Vorbild des US-Projekts *Democracy Now!* könnten die lokalen Anbieter besonders gelungene Stücke entweder zum Austausch bereitstellen oder für die nationale Plattform.

Publikumsräte

Damit sich dieser neue öffentlich-rechtliche Rundfunk von dem alten unterscheidet, müssen die Anbieter von den Menschen kontrolliert werden, denen sie gehören.

Das sind wir. Rundfunkräte könnten entweder direkt gewählt werden – oder ausgelost. Für diesen Vorschlag sprechen zum Beispiel das Ideal der athenischen Demokratie – „gleiche Verteilung politischer Chancen“ (7) – und die Praxis dort – „nicht gerade erfolglos“ (8) – oder die Laiengerichtsbarkeit in den USA, bei der Geschworene per Los bestimmt werden. Der Historiker David Van Reybrouck weiß, warum wir bei diesem Vorschlag instinktiv zurückzucken und Wahlen und Demokratie für Synonyme halten:

„Die revolutionären Führer in Frankreich und in den USA hatten keine Lust auf das Losverfahren, weil sie keine Lust auf Demokratie hatten“ (9).

Publikumsräte, in denen Menschen von nebenan sitzen, brauchen, da sind sich die Befürworter von Losverfahren oder aleatorischer Demokratie einig, Expertise und Beratung (10). Zu meinem Traum von einem neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehört deshalb eine Begleitforschung, die sich mit bescheidenem finanziellen Aufwand etablieren lässt, die Inhalte regelmäßig im Lichte des gesellschaftlichen Auftrags Öffentlichkeit bewertet und die entsprechenden Befunde auf den Seiten der Anbieter publiziert. Außerdem wird eine Ombudsstelle eingerichtet, die Beschwerden aus dem Publikum annimmt, Reaktionen einholt und beides mit Einordnung und Bewertung öffentlich sichtbar macht. Finanziert werden diese beiden Säulen zur Qualitätssicherung aus dem Euro für den nationalen Anbieter. Wenn man dafür ein Prozent der Gesamtsumme ansetzt, kommt man auf fünf Millionen Euro im Jahr – mehr als genug.

Im Geist von Walter Lippmann gehe ich davon aus, dass solch ein wirklich unabhängiger und am Gemeinwohl orientierter Journalismus zugleich die Maßstäbe für kommerzielle Anbieter verschiebt. Das gilt sowohl für die Orientierung am Imperativ der Aufmerksamkeit als auch die Käuflichkeit für ressourcenstarke Interessen und wird letztlich von einem Publikum ausgehen, das jeden Tag erleben kann, wozu autonome Redaktionen fähig sind und außerdem seine Medienkompetenz schon deshalb ausbauen muss, weil jede und jeder jederzeit selbst in ein Aufsichtsgremium kommen kann.

Medientraum auf einen Blick

Bevor ich gleich aufwache und aus dem Traum eine Stichwortliste für den Medienrevolutionär von morgen mache, zu der auch Anregungen für die Ausbildung gehören: Was wird aus den ‚alten‘ öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten? Was wird aus den Menschen, die dort feste Arbeitsverträge oder irgendwelche Anrechte erworben haben, aus den Gebäuden und aus all dem, was aus rund acht Milliarden Euro Beitragsaufkommen sonst so angeschafft und bezahlt worden ist? Ich nenne die Summe hier, weil sie zwar riesig ist – die ARD und sogar das viel kleinere ZDF gehören zu den einhundert größten Medienkonzernen der Welt (11) – andererseits aber nichts im Vergleich mit dem, was seit Frühjahr 2020 investiert worden ist, um die Corona-Politik zu legitimieren und ihre Folgen lindern zu können.

Will sagen: Das wird sich lösen lassen, wenn wir es denn wollen. Um die vielen Fest-Freien, die gerade in einer der öffentlich-rechtlichen Nischen überleben und da gute Arbeit leisten, müssen wir uns ohnehin keine Sorgen machen. Qualität wird Abnehmer finden, zumal wenn das Publikum jedes Jahr 200 Euro mehr für Medienangebote seiner Wahl zur Verfügung hat.

Neuer öffentlich-rechtlicher Rundfunk

- Haushaltsbeitrag: 2 Euro pro Monat
- Anbieter eine nationale Anstalt mit 24/7-Nachrichten-TV, Webplattform und Landesfenstern (Budget: 480 Mio. Euro)
- lokale Anstalten auf Landkreisebene (Webplattform, Budget: ab 600.000 Euro)
- Programmaustausch (lokal und national)
- Programm: Journalismus (keine Unterhaltung, kein Sport, keine Filme, keine Musik et cetera)
- Werbefreiheit
- Redaktionelle Autonomie: feste Arbeitsverträge, Redaktionsstatute, kein Outsourcing
- Aufsicht und Kontrolle: Publikumsräte, Begleitforschung, Ombudsstelle

Journalismus der Zukunft

- Qualitätskriterien: Transparenz und Vielfalt
- Autonomie: zu sichern über Redaktionsstatute und gesellschaftliche Kontrolle
- berufszugang: alle Milieus
- Ausbildung
- Inhalte: Funktionen und gesellschaftlicher Auftrag des Journalismus, Medienrecht, Machtstrukturen, Handwerk (recherchieren, produzieren, redigieren)
- Form: öffentlich-rechtliche Journalistenschulen, Werkstätten, Schnell- und Fernkurse
- Weiterbildung: regelmäßiger Austausch zumindest der öffentlich-rechtlichen Redaktionen

Diese Stichwortliste ersetzt weder den gesetzlichen Rahmen, der für die neuen Rundfunkanstalten zu schaffen ist, noch Redaktionsstatute, Arbeitsverträge oder einen Lehrplan für die neuen Journalistenschulen. Die Liste kann und soll aber die

Debatten um Medienreformen befeuern, die sich allzu oft im Rundfunkbeitrag verbeißen und dabei vor lauter Bäumen den Wald aus dem Blick verlieren. Vor allem aber soll diese Liste zum Träumen anregen: Wir könnten einen anderen Journalismus haben – und er würde (fast) gar nichts kosten.

□
<https://www.buchkomplizen.de/buecher-mehr/buecher/medien/die-propaganda-matrix.html>

□
<https://www.buchkomplizen.de/buecher-mehr/buecher/medien/die-propaganda-matrix.html>

□
<https://www.buchkomplizen.de/buecher-mehr/e-books/die-propaganda-matrix.html>

Quellen und Anmerkungen:

(1) Walter Lippmann, Die Illusion von Wahrheit oder die Erfindung der Fake News, herausgegeben von Walter Otto Ötsch und Silja Graupe, Edition Buchkomplizen, Frankfurt am Main 2021, Seite 55

(2) Ebenda, S. 25, 59, 74

(3) Karl Marx, Debatten über Preßfreiheit und Publikation der Landständischen Verhandlungen. Von einem Rheinländer. Sechster Artikel. Rheinische Zeitung vom 19. Mai 1842

- (4) Lippmann, Die Illusion von Wahrheit, Seite 74
 - (5) Horst Pöttker (Hrsg.), Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag, UVK, Konstanz 2001
 - (6) Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), Berlin 2021
 - (7) David Van Reybrouck, Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Wallstein, Göttingen 2018, Seite 94
 - (8) Timo Rieg, Demokratie für Deutschland. Von unwählbaren Parteien und einer echten Alternative, Berliner Konsortium, Berlin: 2013, Seite 131
 - (9) Van Reybrouck, Gegen Wahlen, Seite 90
 - (10) Vergleiche Timo Rieg, Ausgeloste Bürgerparlamente. Warum die Politikwissenschaft dringend empirische Forschung zur aleatorischen Demokratie braucht, ForDemocracy 2020, Working Paper Nr. 2
 - (11) Vgl. Lutz Hachmeister, Till Wäscher, Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medien- und Wissenskonzerne der Welt, Herbert von Halem, Köln 2017, Seite 12-14
-



Michael Meyen, Jahrgang 1967, hat als Journalist bei der **Leipziger Volkszeitung** und beim Radio begonnen. Seit 2002 ist er Professor für Kommunikationswissenschaft an der LMU München und arbeitet dort mit angehenden Journalisten, PR-Profis und Medienforschern. Was dabei herauskommt, wird im **Blog Medienrealität** (<https://medienblog.hypotheses.org/>) dokumentiert. Zuletzt erschien von ihm „**Breaking News: Die Welt im Ausnahmezustand. Wie uns die Medien regieren**“ (<https://www.westendverlag.de/buch/breaking-news-die-welt-im-ausnahmezustand/>)“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.